



Für Rüstung und Krieg ist Geld da, für Bildung und Sozialstaat nicht!

**Seit dem 11. September hat die Bush-Administration den US-Verteidigungs-
etat um 13 % auf
355 Mrd. US-Dollar
erhöht.**

75 Milliarden US-Dollar hat sich George W. Bush für den IRAK-Krieg vom US-Senat für seine Kriegskasse genehmigen lassen.

Experten schätzen allerdings die Gesamtkosten für den Kriegsgang auf bis zu 300 Milliarden US-Dollar.

75 Milliarden US-Dollar bisher ...

- das sind 1,5 mal soviel, wie weltweit pro Jahr für die gesamte Entwicklungshilfe ausgegeben wird (50 Mrd. US-\$).
- das sind 1,5 mal soviel, wie der Haushalt des US-Bildungsministeriums ausmacht (50 Mrd. US-\$).
- das sind 43 mal soviel, wie die UNO für das World Food Programm ausgegeben hat (1,74 Mrd. US-\$).

Ein sehr warmer Regen für die US-Rüstungsindustrie in Zeiten allgemeiner Rezession.

24,4 Milliarden Euro hat sich Gerhard Schröder für den bundesdeutschen Verteidigungshaushalt 2003 genehmigen lassen.

... und Schröder will mehr!
... zur Stärkung von Europa gegenüber der USA

24,4 Milliarden Euro bisher ...

- das sind 11 mal soviel, wie für Bildung in Deutschland ausgegeben wird (2,2 Mrd. €).
- das sind 6,4 mal soviel, wie für Entwicklungshilfe in Deutschland ausgegeben wird (3,8 Mrd. €).
- das sind 1,9 mal soviel, wie für Arbeitsmarktpolitik in 2003 ausgegeben wird (12,8 Mrd. €).

Wir wollen Eure Kriege und Eure Rüstung nicht bezahlen!

Kontakt: Bahnhof Langendreer Raum 6
Wallbaumweg 108
44894 Bochum
Tel.: 0234 / 26 62 2
Fax: 0234 / 26 62 2
Jeden 2. und 4. Mittwoch
im Monat 19:30 Uhr

Bochumer Friedensplenum
Infostand nach Bedarf Samstags Kortumstr. Ecke Huestr. 12:00 – 14:00

Internet: <http://www.bo-alternativ.de>
Email: Friedens-Plenum@bo-alternativ.de
Spenden an: Kto.-Nr. 1 394 709 (BLZ 430 500 01) Sparkasse Bochum



Wir lassen uns nicht verdummen!

Die Lüge vom Friedenskanzler

Bundeskanzler Gerhard Schröder, der "Friedenskanzler", sagt Nein zum Irak-Krieg und erhält dafür viel Lob. Er sagt Nein zum Irak-Krieg, gewährt aber gleichzeitig den USA und England zur Kriegsführung Überflugrechte über Deutschland. Er zieht nicht deutsche Soldaten aus den Kriegsgebieten ab und entlastet das US-Militär sogar noch bei der Sicherung seiner Militärbasen in Deutschland.

Er verurteilt die USA und England nicht dafür, dass sie mit dem Angriffskrieg das Völkerrecht mit Füßen treten.

Aber er will Deutschland und Europa gegenüber den USA stärken. Er will, dass Europa selbstbewusster gegenüber den USA auftreten kann.

Leider sieht Schröder in politischer Stärke, wie viele andere auch, in erster Linie militärische Stärke und fordert deshalb ohne politisches Konzept zur Wahrnehmung Internationaler Verantwortung die Aufstockung des Wehretats für zukünftige Aufgaben.

So soll die Karre aus dem festgefahrenen "Wirtschaftssumpf" gezogen werden:

- Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe,
- Teilweiser Kürzung der Sozialhilfe,
- Kürzung des Bezugszeitraums für Arbeitslosengeld,
- Lockerung des Kündigungsschutzes,
- Weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung für eine Arbeitsaufnahme,
- Herausnahme von wichtigen Leistungen aus der Krankenversicherung,
- und, und, und

Abbau von Sozialleistungen als Anreiz für eine wirtschaftliche Erholung und gleichzeitiger Erhöhung des Militäretats zur Stärkung der deutschen Position in der Welt.

Mit uns nicht!

Stop dem Sozialabbau!

Gerechtere Verteilung des Wohlstandes!

Friedenssicherung durch Politik

und nicht durch das Militär!

Die Wahrheit vom Sozialabbaukanzler

Gleichzeitig aber fordert er von der abhängig arbeitenden Bevölkerung, von älteren Menschen in Rente, von Kranken, von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern Opfer zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft über den Umbau des Sozialsystems und möchte damit die gewünschte Senkung der Lohnnebenkosten erreichen.

Die uns als Umbau des Sozialstaats verkauften Reformen stellen in Wahrheit einen radikalen Abbau der sozialen Sicherungssysteme dar.

Für deren Aufbau haben die Lohnabhängigen in den letzten hundert Jahren mit den Gewerkschaften zusammen erfolgreich und teilweise auch unter persönlichen Entbehrungen gekämpft.

"Schröder verlangt Opfer von Allen", titelte die WAZ. In Wirklichkeit werden aber weitere Entlastungen der Wirtschaft, der Industrie, der Wohlhabenden und die Aufrüstung des Militäretats durch einen radikalen Sozialabbau finanziert.